

Aktion 21 - Antworten der neuen Volkspartei Wien

Antworten Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung GR Sabine Schwarz, Mitglied im GR-Ausschuss Petitionen und BürgerInneninitiativen

1.) Welche Lösungen würden Sie vorschlagen, um eine ununterbrochene, vertrauensbildende Kommunikation mit Regierungsvertretern bzw. mit Schlüsselstellen im Wiener Magistrat zu ermöglichen?

2.) Wie können die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden (politische Funktionen bzw. Magistratsvertreter, Aufgabenverteilung usw.) ?

ANTWORT

Die neue Volkspartei Wien ist in ständigem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie unterschiedlichsten Bürgerinitiativen, wir haben mit dem Bürgerservice eine eigene Abteilung für Bürgeranliegen geschaffen.

Sowohl auf Ebene der Stadt als auch in den einzelnen Bezirken stehen wir seit vielen Jahren an der Seite von Bürgerinitiativen und unterstützen ihre Anliegen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien bspw. erwähnt:

- Stoppt das Hochhausprojekt am Wiener Heumarkt
- Weltkulturerbe Steinhof erhalten / Otto-Wagner-Arealsichern
- Initiative Gallitzinstraße / Pro Wilheminenberg 2030
- Rettet den Neustifter Friedhof
- Zukunft Hernals / Postsportplatz
- Rettet Heiligenstadt vor massiver Verbauung

Leider ist eine echte und ernsthafte Bürgerbeteiligung der aktuellen Stadtregierung bei wirklich relevanten Wiener Themen de facto nicht existent. Im aktuellen rot-grünen Regierungsübereinkommen findet sich zwar ein eigenes Kapitel zur Weiterentwicklung der direkten Demokratie, wo u.a. festgehalten wird, dass es „mehr Dialog“ geben soll und dass konkret eine „vermehrte Beteiligung auf Bezirks- und Grätzelebene auf Basis standardisierter Regelungen“ vereinbart wird. Tatsächlich erschöpft sich rot-grüne Bürgerbeteiligung in Wien in der kuriosen Namenssuche für Trinkbrunnen bzw. in der Auswahl der Farben für neue U-Bahn-Linien.

Wir sehen vor allem bei folgenden Punkten Verbesserungspotenzial:

Echte Mitbestimmung

Bei vielen Projekten werden die Bürger im Nachhinein informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt. Bspw. wurden beim Wientalradweg die Bürger für Mai 2019 zu

Informationsveranstaltungen eingeladen, während die zuständige Fachkommission Verkehr das Projekt bereits im April 2019 abgesegnet hat.

Akzeptanz demokratischer Entscheidungen

Bei der von der neuen Volkspartei Wien maßgeblich initiierten Befragung zur Zukunft der Mariahilfer Straße sprachen sich 55,9% der Befragten für zusätzliche Querungen aus. Auf die Umsetzung warten die Anrainer bis heute.

3.) Unterstützen Sie den Wertekodex einer Gesellschaft, die entsprechend der Aarhus-Konvention, Bürgerbeteiligung aktiv betreibt und auch die Schaffung von landesgesetzlichen Rahmenbedingungen befürwortet, um ein Umweltinformationsgesetz und ein Auskunftspflichtgesetz praxistauglich und vertrauensbildend wirksam zu machen?

Erste drei Lösungsvorschläge unsererseits – insbesondere die Transparenz betreffend – finden Sie hier. Wie ist Ihre Meinung dazu und würden Sie diese Forderungen entsprechend politisch unterstützen?

ANTWORT

Ja

4.) Erweiterung der Bürgerrechte im Petitionsgesetz

Derzeit können Bürgerinnen und Bürger nur Angelegenheiten, die die „Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke betreffen“ als Petition einbringen (vgl. § 1 Abs. 1 Gesetz über Petitionen in Wien). Grundlegende Probleme für die Bürger ergeben sich jedoch oft allein auf Grund der geltenden Gesetzeslage. Daher wird dringend empfohlen, auch Angelegenheiten des Landtags in das geltende Petitionsgesetz aufzunehmen.

ANTWORT

Angelegenheiten des Landtags sind bereits im geltenden Petitionsgesetz enthalten

5.) Mehr Transparenz im Wiener Gemeinderat, Landtag und Bezirksvertretungen
Transparenz ist eine der wichtigsten Grundvoraussetzung für Bürgerbeteiligung. Unser Verein Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung regt an, die Informationsbeschaffung in Bezug auf die Tätigkeiten im Wiener Gemeinderat, Landtag und den Bezirksvertretungen wesentlich zu erleichtern. Daher empfiehlt unser Verein konkret, die Tagesordnung des Wiener Gemeinderats und des Landtags mindestens 5 Werktage im Voraus im Internet zu veröffentlichen sowie den Live-Stream der Übertragung der Gemeinderats- und Landtagssitzungen

zeitnah nach Ende der Sitzungen dauerhaft im Internet abrufbar zu belassen. Weiters wird angeregt, die Protokolle - insbesondere der Bezirksvertretungssitzungen - deutlich informativer zu gestalten, indem u. a. Anträge und Beschlüsse vollinhaltlich wiedergegeben werden. Ebenso mögen die Beschlüsse der Bezirks-Ausschüsse veröffentlicht werden.

ANTWORT

Auf Bundesebene wird bereits ein umfassendes Transparenzpaket ausgearbeitet. Auch in Wien soll ein Informationsfreiheitsgesetz für mehr Transparenz sorgen. Wir unterstützen das Anliegen der Aktion 21 in Bezug auf die Tagesordnung, der Live-Stream wurde bereits umgesetzt. Zustimmung findet auch die Forderung, die Protokolle der BV-Sitzungen informativer zu gestalten. Wir treten auch dafür ein, Bürgern den Zugang zu allen Daten und zu mit öffentlichen Mitteln finanzierten Studien und Gutachten der Stadt Wien zu ermöglichen.

6.) Internet-Portal BürgerInnenbeteiligung

Unser Verein "Aktion 21 - Pro Bürgerbeteiligung" schlägt vor, ein Internet-Portal (z.B. <http://buerbeteiligung.wien.at>) einzurichten, auf der die Bürgerinnen und Bürger umfassend und auf einen Blick über alle laufenden oder kurz vor Beginn stehenden Bürgerbeteiligungsverfahren in Wien informiert werden. Insbesondere sollen auf diesem Portal direkt oder über Linkverweise Petitionen, aktuelle Flächenwidmungsverfahren, laufende Begutachtungsverfahren zu Entwürfen von Wiener Landesgesetzen, Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), Strategische Umweltprüfungen (SUP; insbesondere hier auch Beginn des Screening-Verfahrens), Lokale Agenda 21 Projekte sowie städtebauliche Verfahren mit Beteiligung, aber auch Termine von Bürgerversammlungen abrufbar sein. Ebenso soll den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, ein Email-Abo zu den oben genannten (Bürgerbeteiligungs-)Verfahren zu beziehen (mit Selektionsmöglichkeit jeweils nach Stichworten und/oder nach thematischen und geographischen Gebieten, z.B. nach Bezirken).

ANTWORT

Das Anliegen wird von uns unterstützt.